

Comeback einer Instanz

Internationaler Währungsfonds. Der IWF hat durch die Finanzkrise an Bedeutung gewonnen. Denn der Fonds hat zuletzt so viele Kredite an klamme Staaten verteilt wie seit Jahren nicht mehr. Neu geregelt werden die Machtverhältnisse in den Gremien der Finanzinstitution – die Schwellenländer haben künftig mehr zu sagen.

In den Boomzeiten Mitte des vergangenen Jahrzehnts war der Internationale Währungsfonds (IWF) schon fast abgeschlossen. So vergab er 2007 lediglich Kredite im Gesamtwert von knapp 16 Milliarden Dollar. Ganz anders sah es Ende Februar dieses Jahres aus: Mit einem Volumen von gut 104 Milliarden Dollar

erreichten die ausstehenden Kredite fast den alten Höchststand aus dem Jahr 2003 (Grafik). Das Neue dabei:

Mit Griechenland und Irland gehören erstmals seit langem wieder Industrieländer zu den größten IWF-Schuldnern.

In der Finanzkrise sind mehrere Länder gleichzeitig in Not geraten –

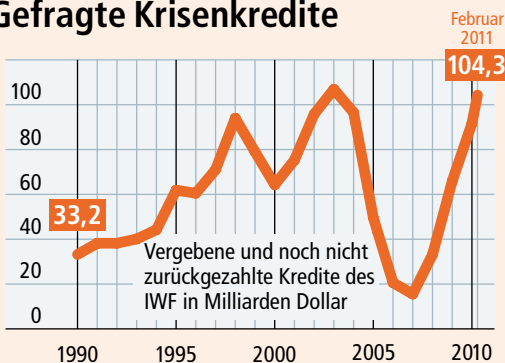
auch solche, die vorher kaum wirtschaftliche Schwierigkeiten hatten, etwa Polen oder Tschechien Anfang 2009. Die hochnervösen Finanzmärkte drehten den Staaten den Geldhahn zu, und so war der Fonds als letzter Kreditgeber für klamme Länder wieder gefragt. Um besser einspringen zu können, hat der IWF 2009 sein Kapital von rund 250 auf 750 Milliarden Dollar aufgestockt.

Zudem wurden zwei neue Instrumente geschaffen: die Flexible Kreditlinie für Länder mit sehr guter Wirtschaftspolitik und -lage sowie die Vorsorgliche Kreditvereinbarung für Staaten mit einer weitgehend guten Ausgangsposition, aber ein paar Schwachstellen wie einer hohen Staatsverschuldung.

Die Idee dahinter: Der IWF stellt für die betreffenden Länder – nur vorsorglich – hohe Kreditvolumina bereit und zeigt damit, dass er sie für stabil und vertrauenswürdig hält. Dies soll die Finanzmärkte beruhigen.

Die Vorsorgliche Kreditvereinbarung ist an engere Voraussetzungen gebunden als die Flexible →

Internationaler Währungsfonds: Gefragte Krisenkredite



Ursprungsdaten: IWF

 iw Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

Die Top 10 der IWF-Schuldner

Vergebene und noch nicht zurückgezahlte Kredite des IWF in Milliarden Dollar

Rumänien	16,6
Ukraine	14,6
Griechenland	14,4
Ungarn	12,0
Pakistan	8,9
Irland	7,9
Türkei	5,4
Weißrussland	3,6
Serbien	2,1
Sri Lanka	1,6

Stand: Februar 2011

© 2011 IW Medien · iwd 15

In dieser Woche

Familienpflegezeit: Das geplante Verfahren würde die Arbeitnehmer entlasten, ist jedoch für die Unternehmen sehr aufwendig. Seite 3

Generationengerechtigkeit: Die Bürger wissen genau, wie eine gerechte Zukunft aussehen soll, doch die Kosten will niemand schultern. Seite 4-5

Informations- und Kommunikationswirtschaft: Im Ranking der 15 bedeutendsten Standorte erreicht Deutschland nur den siebten Platz. Seite 6

Nachhaltigkeit: Die Unternehmen sind in Sachen Umwelt und Soziales bereits aktiv, der Nachhaltigkeitskodex bringt kaum Verbesserungen. Seite 7

Bundesgartenschau: Die Blütenpracht lockt Millionen Besucher an, verschlingt allerdings viele öffentliche Mittel. Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

 iw Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

 30
 JAHRE FÜR DIE SOZIALE
 MARKTWIRTSCHAFT
 1951 - 2011

→ Kreditlinie – die Darlehen haben eine Obergrenze und die Schuldner werden zu Reformen verpflichtet.

Bedenklich ist allerdings eine derzeit im IWF diskutierte Initiative, die Südkorea und einige Industriestaaten im vergangenen Herbst eingebracht haben. Bei schweren Krisen soll der Währungsfonds freigiebig unbegrenzte Liquiditätshilfen zusagen, ohne dass er die betroffenen Länder zu Reformprogrammen verpflichtet. Damit würde der IWF zu einer Weltzentralbank. Unkontrolliert von den nationalen Zentralbanken könnte er die Märkte mit Geld fluten – und damit eine Inflation in Gang setzen.

Eine weitere Folge der Finanzkrise ist eine globale Machtverschiebung. Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien holen wirtschaftlich auf, auch, weil viele Industrieländer nur langsam aus der Krise kommen. Politisch haben die Industriestaaten ohnehin an Glaubwürdigkeit verloren, weil ihre Wirtschaftspolitik die Turbulenzen ermöglicht hat. Stimmrechtsreformen sollen allem auch im Währungsfonds Rechnung tragen (Grafik):

Ab Oktober 2012 sollen Brasilien, Russland, Indien und China zu den zehn größten Stimmberechtigten im IWF gehören.

China macht mit einer mehr als verdoppelten Stimmenquote einen großen Sprung nach vorn – von Platz acht auf Platz drei. Ebenfalls um fünf Ränge nach vorn rücken Indien und Mexiko. Brasilien, Südkorea und die Türkei machen sogar noch mehr Plätze gut.

Unterm Strich erhalten die Entwicklungs- und Schwellenländer 9 Prozentpunkte mehr Stimmrechte im IWF als bisher.

Zudem haben die Europäer bei der Besetzung des 24-köpfigen Exekutivdirektoriums, das für das Tagesgeschäft des Fonds zuständig ist, Zugeständnisse machen müssen. Sie werden zwei ihrer bislang maximal neun Sitze an Schwellenländer abtreten. Auch der nächste IWF-Chef dürfte aus einem Schwellenland kommen.

Internationaler Währungsfonds: Schwellenländer steigen auf

Wie viel ein Land im IWF zu sagen hat, hängt von der Anzahl seiner Stimmrechte ab, die sich unter anderem nach der Wirtschaftskraft richten. Entwicklungs- und Schwellenländer sollen durch eine Stimmrechtsreform des IWF mehr Gewicht bekommen. Die Wirtschaftsleistung wird dafür verstärkt auf Basis von Kaufkraftparitäten und nicht nur auf der Grundlage von laufenden Wechselkursen berechnet. Kaufkraftparitäten berücksichtigen, dass die Preise in den Entwicklungsländern niedriger sind. Das führt dazu, dass die preisbereinigte Wirtschaftsleistung höher ausfällt als bei der Berechnung auf Basis laufender Wechselkurse.

Durch die Stimmrechtsreform erhalten die Schwellen- und Entwicklungsländer bis Oktober 2012 insgesamt 9 Prozentpunkte mehr an Stimmrechten als bisher.

Stimmrechtsanteile in Prozent

Veränderung in der Rangfolge		nach den Reformen		vor den Reformen (bis 2006)		Rang vor den Reformen	
1	→	USA	16,48	17,02	1	12	-5
2	→	Japan	6,14	6,11	2	13	+3
3	+5	China	6,07	2,93	8	14	+5
4	-1	Deutschland	5,31	5,97	3	15	-4
5	-1	Frankreich	4,02	4,93	4	16	+12
6	-1	Vereinigtes Königreich	4,02	4,93	5	17	-2
7	-1	Italien	3,02	3,24	6	18	-6
8	+5	Indien	2,63	1,92	13	19	-5
9	+1	Russland	2,59	2,73	10	20	-
10	+7	Brasilien	2,22	1,40	17	21	-3
11	-2	Kanada	2,21	2,93	9	22	+12
		Saudi-Arabien	2,01	3,21	7		
		Spanien	1,92	1,41	16		
		Mexiko	1,80	1,20	19		
		Niederlande	1,76	2,38	11		
		Südkorea	1,73	0,76	28		
		Australien	1,33	1,49	15		
		Belgien	1,30	2,12	12		
		Schweiz	1,17	1,60	14		
		Schweden	0,91	1,11	20		
		Venezuela	0,77	1,23	18		
		Türkei	0,61	0,45	34		

Ursprungsdaten: IWF

Der IWF

Der Internationale Währungsfonds soll Währungen stabilisieren und mit Krediten eingreifen, wenn Staaten in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Dies ist der Fall, wenn eines der 185 Mitgliedsländer am internationalen Kapitalmarkt kein Geld mehr bekommt. Das Kapital für seine Hilfen nimmt der IWF aus den Einlagen und Krediten seiner Mitglieder. Laufende Einnahmen erhält der Fonds vor allem aus den Zinsen für verliehenes Geld und seit kurzem auch aus einem Kapitalstock, der durch den teilweisen Verkauf der IWF-Goldbestände geschaffen wurde.

Die Washingtoner Ökonomen knüpfen oft Bedingungen an ihre Hilfen – der in Not geratene Staat muss unter Umständen bei den Staatsausgaben knapsen, mehr privatisieren und auf eine geringere Inflation achten.

Außerdem prüft der IWF neuerdings alle fünf Jahre den nationalen Finanzsektor von 25 Ländern, die für das globale Finanzsystem am wichtigsten sind.

Aufwendiges Pflegeverfahren

Familienpflegezeit. Arbeitnehmer, die Angehörige pflegen und deshalb zeitweise im Beruf kürzertreten, sollen künftig ein aufgestocktes Teilzeitentgelt bekommen. Der Zuschuss wird dann zurückgezahlt, wenn die Beschäftigten wieder voll arbeiten. Das Verfahren ist für die Unternehmen jedoch sehr aufwendig.

Es kommt immer häufiger vor: Beschäftigte kümmern sich zu Hause aufopferungsvoll um die kranke Mutter oder den gebrechlichen Vater. Etwa 2,4 Millionen Menschen sind pflegebedürftig, bis 2030 steigt die Zahl der Pflegefälle auf 3,0 bis 3,4 Millionen.

Diese Prognose des Statistischen Bundesamts passt in das bisherige Bild. Bereits Ende 2008 legte das IW Köln ähnliche Zahlen vor (Grafik).

Um die wachsende Patientenzahl zu betreuen, bedarf es zusätzlicher Pflegekräfte. Aber auch Angehörige werden noch stärker gefordert als bisher. Viele stoßen hier auch an finanzielle Grenzen, insbesondere, wenn sie Job und Pflege unter einen Hut bringen müssen. Denn über die

Bestimmungen zur Teilzeitarbeit hinaus können Arbeitnehmer bislang nur unentgeltlich Pflegezeit für bis zu sechs Monate in Anspruch nehmen. Das kann sich nicht jeder leisten. Die Bundesregierung glaubt, einen Ausweg gefunden zu haben. Sie hat einen Gesetzentwurf zur Familienpflegezeit verabschiedet:

Beschäftigte können demnach ab 2012 bis zu zwei Jahre lang ihre Arbeitszeit reduzieren, wenn der Arbeitgeber zustimmt.

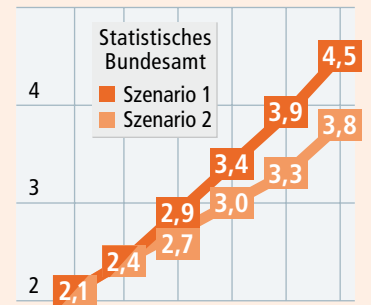
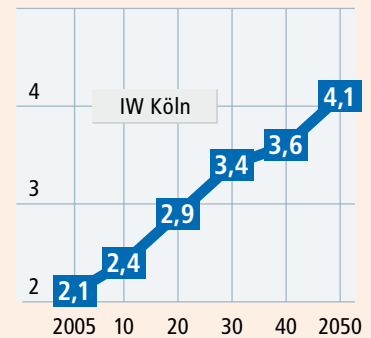
Dabei sollen sie mehr Lohn erhalten, als es der verbleibenden Arbeitszeit entspricht (Kasten). Dieser Vorschuss wird in der Nachpflegephase zurückgezahlt – indem der Arbeitnehmer wieder voll arbeitet, aber auf einen Teil des ihm dann zustehenden Gehalts verzichtet.

Damit den Unternehmen keine finanziellen Verluste entstehen, werden die vorgestreckten Löhne durch einen zinslosen Bundeskredit finanziert. Diesen zahlen die Firmen nach der Pflegephase über den einbehaltenen Lohn an den Staat zurück.

Das Problem bei diesem Modell: Angesichts der Fachkräfteknappheit

Pflegefälle: Die Szenarien

Pflegebedürftige in Millionen, Modellrechnungen



IW Köln: Stand Ende 2008; Statistisches Bundesamt: Stand Ende 2010, Szenario 1: Pflegefallwahrscheinlichkeit unverändert, Szenario 2: Mit steigender Lebenserwartung werden die Menschen später pflegebedürftig; Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Statistisches Bundesamt

© 2011 IW Medien - wkd 15

werden die Arbeitnehmer in den Firmen dringend benötigt – und vom produzierten Wohlstand profitieren alle. Wenn die Politik an dem Modell festhalten will, sollten die Beschäftigten wenigstens den Zuschuss zum Teilzeitgehalt selbst bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau beantragen – und ihn später dort tilgen. Die Betriebe blieben so zumindest von zusätzlicher Bürokratie verschont.

Familienpflegezeit

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung beinhaltet folgende Regelungen:

- Arbeitnehmer und Arbeitgeber können freiwillig eine Familienpflegezeit vereinbaren.
- Der Arbeitnehmer reduziert seine Arbeitszeit während der Pflegephase; er muss aber mindestens 15 Wochenstunden arbeiten.
- Während der maximal zweijährigen Pflegephase erhält der Arbeitnehmer eine

Gehaltsaufstockung, die genau der halben Differenz zwischen bisherigem Vollzeit- und neuem Teilzeitentgelt entspricht. Bei einer Halbierung der Arbeitszeit erhält der Arbeitnehmer also 75 Prozent seines früheren Bruttogehalts.

- Während der Nachpflegephase arbeitet der Beschäftigte wieder Vollzeit, bezieht aber weiterhin das reduzierte Bruttoentgelt, bis der Vorschuss abgegolten ist.

- Der Arbeitgeber kann den Gehaltsvorschuss durch ein zinsloses Bundesdarlehen gegenfinanzieren, das in der Nachpflegephase aus den Gehaltseinsparungen getilgt wird.
- Der Arbeitnehmer muss eine Ausfallversicherung abschließen, die etwa im Fall der Erwerbsunfähigkeit in der Nachpflegephase die Rückzahlung des Vorschusses sicherstellt.

Im Clinch mit dem Nachwuchs

Generationengerechtigkeit. Eigentlich geht es den meisten Menschen in Deutschland gut, dennoch machen sich viele Sorgen um die Zukunft. Das Klima wandelt sich, die Verschuldung ist dramatisch hoch, die Sozialversicherungen stehen auf dem Prüfstand. Welche Welt soll der jungen Generation hinterlassen werden? Und was erwartet der Nachwuchs?

Alt gegen Jung, Jung gegen Alt: Die Deutschen steuern auf einen Generationenkonflikt zu. Was Wissenschaftler schon länger prognostizieren, bestätigt nun auch eine vom Roman Herzog Institut (RHI) beauftragte Befragung durch das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Zwar haben die Menschen klare Vorstellungen davon, in welchem Zustand sie die Welt an die Jüngeren übergeben wollen, doch niemand möchte die dafür notwendigen Lasten schultern.

Einerseits gibt es überhaupt keinen Anlass für einen gesellschaftlichen

Konflikt – schließlich leben die Bundesbürger dank einer gefestigten Demokratie im Frieden, profitieren vom technischen Fortschritt und genießen die finanziellen Vorteile einer Erben-generation.

Andererseits liegt einiges im Argen – der Klimawandel ängstigt viele, die steigende Staatsverschuldung macht schwindelig und die Systeme der sozialen Sicherung kränkeln.

Viele Probleme werden sich aufgrund des demografischen Wandels noch verschärfen. Derzeit ist rund ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland älter als 65 Jahre, in 50 Jahren

wird es ein Drittel sein. Wie weniger Berufstätige die wachsende Rentnerschar finanzieren sollen und wer die Pflege der zunehmend Älteren übernimmt, ist ungeklärt.

Daher gilt es umzudenken: Die Ressourcen und Lasten der Welt fair zu verteilen, sich heute um morgen Gedanken zu machen, die Belange der jungen Menschen genauso wichtig zu nehmen wie die der Senioren – das ist Generationengerechtigkeit. Was die Deutschen konkret darunter verstehen, zeigt die Befragung (Grafik):

Fast alle Menschen wünschen sich für die nachfolgenden Generationen an erster Stelle eine gute Bildung und Ausbildung.

Dies gilt insbesondere für die Rentner: Annähernd 80 Prozent ist die Bildung der heute jungen Generation sehr wichtig.

Doch die Menschen wollen auch, dass die Welt für nachkommende Generationen lebenswert bleibt:

Für fast 94 Prozent der Befragten ist es ein wichtiges oder sogar sehr wichtiges Ziel der Generationengerechtigkeit, dass Kinder genügend Zeit zum Spielen haben.

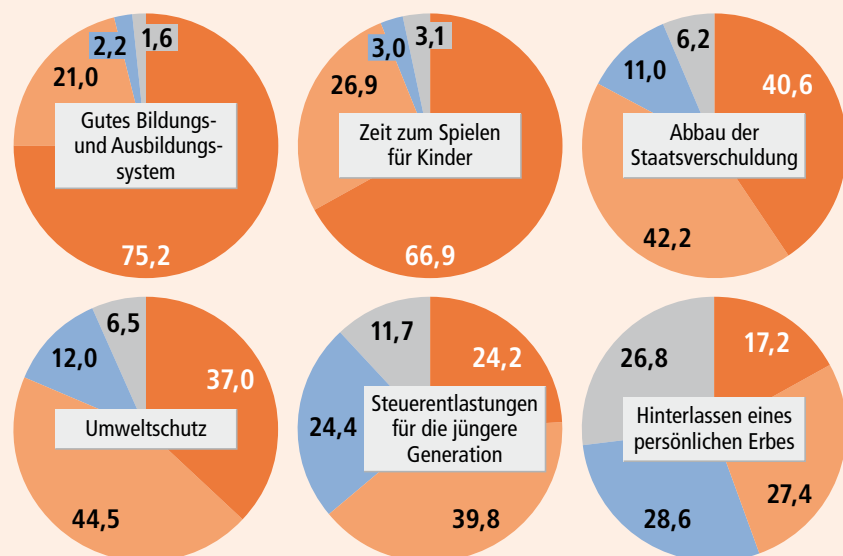
Bildung und Ausbildung genießen zwar Priorität, doch die Bevölkerung in Deutschland möchte nicht, dass die hohen Anforderungen in der Schule zulasten einer unbeschwernten Kindheit gehen.

Neben solch ideellen Vorstellungen treibt viele Menschen das Thema Finanzen um. So betrachten gut 80 Prozent den Abbau der Staatsverschuldung als wichtig oder sehr wichtig. Kein Wunder: Im vergangenen Jahr türmte sich der Schuldenberg mit knapp 1,8 Billio-

Generationenbefragung: Bildung hat oberste Priorität

Auf die Frage, welche Ziele für die Generationengerechtigkeit wirklich wichtig sind, antworteten so viel Prozent mit ...

sehr wichtig wichtig weniger wichtig eher bis sehr unwichtig



Generationenbefragung: Befragung von 1.035 Personen im November 2010
Quelle: Roman Herzog Institut

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 15

Generationenbefragung: Nicht an Rente rütteln

Zur Lösung der demografiebedingten Probleme in den gesetzlichen Rentenkassen empfinden ... Prozent es als ungerecht, ...

71 höhere Beiträge zu zahlen

68 länger zu arbeiten

62 geringere Rentensteigerungen in Kauf zu nehmen

53 länger zu arbeiten und höhere Beiträge zu zahlen

52 länger zu arbeiten und geringere Rentensteigerungen in Kauf zu nehmen

46 höhere Beiträge zu zahlen und geringere Rentensteigerungen in Kauf zu nehmen

40 höhere Beiträge zu zahlen, länger zu arbeiten und geringere Rentensteigerungen in Kauf zu nehmen

Generationenbefragung:
Befragung von 1.035 Personen im November 2010
Quelle: Roman Herzog Institut

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw-d 15

Roman Herzog Institut

Das Roman Herzog Institut (RHI), das 2002 in München gegründet wurde und dessen Schirmherr der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog ist, versteht sich als interdisziplinäre Plattform, die Antworten auf wesentliche Fragen unserer Zeit finden will. Träger des Instituts sind die bayerischen Arbeitgeberverbände. Im Vordergrund der RHI-Forschung steht die Zukunftsfähigkeit Deutschlands, vor allem die Zukunft der Arbeit. Das RHI zieht dabei Experten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft zurate – so auch immer wieder das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Das IW Köln hat im Auftrag des RHI Ende 2010 eine repräsentative Onlinebefragung zum Thema Generationengerechtigkeit durchgeführt. Die Forschungsergebnisse liegen auch als RHI-Publikation „Die Zukunft der Gerechtigkeit“ vor, abrufbar unter:

www.romanherzoginstitut.de/publikationen

nen Euro so hoch auf wie noch nie. Jeder achte Euro des Staatshaushalts dient inzwischen der Zinstilgung – Geld, das man anderswo wesentlich sinnvoller investieren könnte.

Während im öffentlichen Sektor ein beträchtlicher Anteil des Budgets nicht unbedingt nachhaltig ausgegeben wird, ist dies im Privatbereich anders. Jeweils rund ein Drittel der 40- bis 45-Jährigen sowie der 70- bis 85-Jährigen unterstützt regelmäßig finanziell andere Familienmitglieder. Gut 44 Prozent legen zudem Wert darauf, ein Erbe zu hinterlassen.

Wesentlich wichtiger als die Erblasserrolle ist der heimischen Bevölkerung jedoch die Umwelt – ein Bewusstsein, das schon lange vor dem Reaktorunglück in Japan stark ausgeprägt war:

Fast 82 Prozent der Bürger möchten der nachfolgenden Generation eine intakte Umwelt hinterlassen.

Ökologie wird dabei vor allem als ein globales Problem gesehen. Denn die Mehrheit geht davon aus, dass sich die Qualität der Straßen, Häuser und anderer Infrastruktureinrichtungen in Deutschland weiter verbessert, wohingegen 60 Prozent schätzen, dass der weltweite Klimawandel und die Umweltverschmutzung voranschreiten.

Unterm Strich wird die Hinterlassenschaft für die kommende Generation als eher bescheiden bewertet. Trotzdem schauen die Jüngeren der Zukunft positiv entgegen – ein Befund, der sich mit den Erkenntnissen des Zukunftsforschers Horst W. Opaschowski deckt. Er kommt anhand seiner Studien zu der Schlussfolgerung, dass die junge Generation

grundsätzlich optimistischer ist als die ältere.

Grund für ihre Zuversicht haben die jüngeren Jahrgänge allerdings nicht. Denn wenn es um die Lösung von Generationenkonflikten geht, will keiner Zugeständnisse machen. Beispiel Rente: Die gesetzliche Rentenversicherung muss dringend reformiert werden, weil die Zahl der Beitragszahler sinkt, die der Rentner aber steigt. Das heutige Rentenniveau kann nur gehalten werden, wenn die Lebensarbeitszeiten verlängert oder deutlich höhere Rentenbeiträge gezahlt werden. Eine dritte Option wären geringere Rentensteigerungen. Doch keiner dieser Vorschläge findet Anklang (Grafik):

Jeder einzelne der drei Reformsätze für die gesetzliche Rente wird von mindestens 62 Prozent der Befragten als „ungerecht“ bezeichnet und somit abgelehnt.

Gegen jegliche Änderung bei der Alterssicherung sprechen sich immerhin noch 40 Prozent aus. Da die Reform der Rentenversicherung aber dringend notwendig ist, befindet sich die Politik in einem Dilemma: Sie muss entscheiden, zu wessen Lasten – der Rentner oder der Arbeitnehmer – sie Veränderungen durchsetzt, und dabei in Kauf nehmen, in jedem Fall gegen den Willen der Mehrheit zu handeln.

Wenn der Staat sich bei der Rentenreform auf die Einschätzung der Befragten verlasse, wäre allerdings alles klar: Insgesamt finden sie, dass es derzeit der ältesten Generation am besten geht, während die Situation der mittleren Jahrgänge als am schwierigsten eingeschätzt wird.

Deutschland surft mobil

Informations- und Kommunikationswirtschaft. Die deutsche Informationstechnologie-Branche erzielte 2009 zwar einen Umsatz von 127 Milliarden Euro, doch die Bundesbürger sind in puncto Technikausgaben eher knauserig. Alles in allem reicht es nur zu einem Platz im Mittelfeld der 15 wichtigsten Standorte auf dem Gebiet von Telefon, Computer und Internet.

Die Strategie „Deutschland Digital 2015“ der Bundesregierung soll die Bundesrepublik in möglichst vielen Bereichen der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) an die Weltspitze bringen. Der Weg dorthin ist jedoch noch weit: Im Ranking der 15 bedeutendsten IKT-Standorte teilt sich Deutschland mit den Niederlanden nur den siebten Platz – auf dem Treppchen stehen Südkorea, die USA und Japan.

Dies geht aus einer Studie von TNS Infratest hervor. Darin haben die Marktforscher die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Branche untersucht, welche sich etwa im Anteil der IKT-Firmen an allen Unternehmen widerspiegelt. Zudem wurde die Technikverbreitung im Alltag unter die Lupe genommen.

Die Bundesrepublik kann nur in wenigen Bereichen glänzen. Zu einem Bronze-Rang reicht es beispielsweise bei der mobilen Internetnutzung:

Im Jahr 2009 gingen 21 Prozent der Bundesbürger mit ihrem Smartphone online. Damit nutzten sie das mobile Internet stärker als alle anderen Europäer, blieben allerdings deutlich hinter den Südkoreanern (85 Prozent) und Japanern (77 Prozent) zurück.

Die Deutschen sind also durchaus aufgeschlossen für neue IKT-Erfindungen, greifen dafür aber nicht sehr tief in die Tasche: Im Schnitt gaben sie 2009 pro Kopf 1.551 Euro für Produkte der Informations- und Kommunikationstechnik aus – die Dänen als Spitzenreiter ließen immerhin 2.140 Euro springen.

Recht gut aufgestellt sind hingegen die deutschen Hersteller (Grafik):

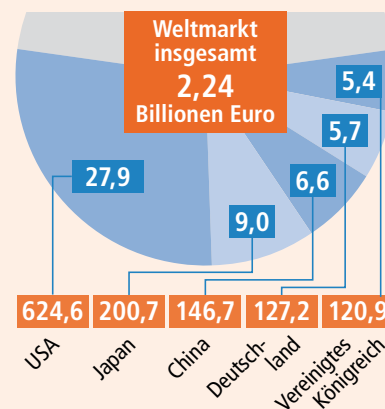
Die deutsche IKT-Branche erzielte 2009 einen Umsatz von 127 Milliarden Euro und erreichte damit einen Weltmarktanteil von 5,7 Prozent – Platz vier auf der internationalen Rangliste.

Nummer eins waren die USA, die mit 625 Milliarden Euro einen Anteil von 27,9 Prozent am Weltmarkt hielten. Weit dahinter folgten Japan

IKT-Branche: Wo sie stark ist

So viel Umsatz (ohne Konsumelektronik) machten die Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)

■ in Milliarden Euro
■ Anteile am Weltmarkt in Prozent



Handys je 100 Einwohner	
Italien	151,4
Finnland	144,6
Dänemark	135,4
Vereinigtes Königreich	130,6
Deutschland	127,8

Internetanschlüsse je 100 Einwohner	
Norwegen	92,1
Schweden	90,8
Niederlande	89,6
Dänemark	86,8
Finnland	84,1
Deutschland	79,3

Stand: 2009
Quelle: TNS Infratest 2010

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 15

mit knapp 9 Prozent und China mit 6,6 Prozent Marktanteil. Damit lag das Reich der Mitte erstmals vor der Bundesrepublik.

+ Termin +++ Termin +++

VITNESS-Workshop: Mitarbeiter binden

In vielen Wirtschaftsbereichen werden Fachkräfte immer knapper. Für die Unternehmen ist es also wichtig, frühzeitig Personal zu rekrutieren und zu halten. Dabei hilft unter anderem die flexible Gestaltung der Arbeitszeit.

Der dritte VITNESS-Workshop „Wettbewerbsfähig durch Mitarbeiterbindung und Potenzialentwicklung“, der am 5. Mai im Institut der deutschen Wirtschaft Köln stattfindet, informiert Unternehmen unter anderem über Arbeitszeitmodelle. So wird etwa Heinz Liebmann, Manager Personalprogramme bei IBM Deutschland, über seine Erfahrungen mit Vertrauensarbeitszeit berichten.

Das Projekt VITNESS wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert. Es entwickelt und erprobt neue Formen der Arbeitsorganisation in den Unternehmen.

Anmeldung zum kostenlosen Workshop: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Julia Ottmann, Telefon: 0221 4981-864, E-Mail: ottmann@iwkoeln.de, www.vitness.info

Umwelt und Soziales sind bereits im Blick

Nachhaltigkeit. Unternehmen berücksichtigen ökologische und soziale Aspekte bei ihren Entscheidungen – weil es die Gesetze so vorgeben, aber auch freiwillig. Der vom Rat für Nachhaltige Entwicklung vorgeschlagene Nachhaltigkeitskodex bringt daher kaum Verbesserungen, schnürt aber das Regulierungskorsett noch enger.

Die Bundesregierung forciert das Thema Nachhaltigkeit. Um entsprechendes Handeln zu fördern, hatte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder im Jahr 2001 einen Rat für Nachhaltige Entwicklung ins Leben gerufen. Die aktuellen Ratsmitglieder hat Angela Merkel im Juni 2010 für drei Jahre ernannt (Kasten).

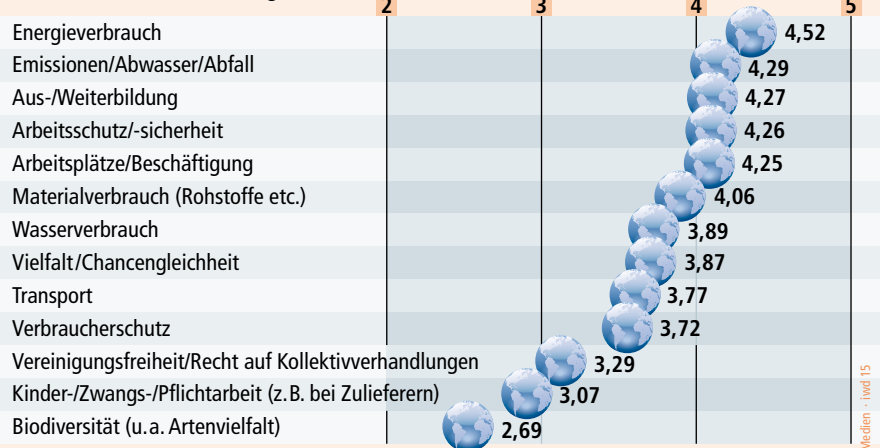
Das Gremium hat Ende 2010 einen Entwurf für einen Deutschen Nachhaltigkeitskodex vorgelegt, mit dem sich börsennotierte Unternehmen an den Finanzmärkten bewerten lassen sollen. Unter anderem hält der Kodex die Firmen dazu an, auf erneuerbare Energien zu setzen sowie Zwangs- und Kinderarbeit in ihrer Wertschöpfungskette zu verhindern.

Der Kodex soll Rechtskraft erhalten. Gemäß der geplanten neuen Vorschrift müssten die Unternehmen dokumentieren, dass sie bestimmte Nachhaltigkeitsmaßstäbe einhalten, bzw. begründen, warum sie dies nicht tun.

Der zusätzliche Nutzen einer solchen Rechtsvorschrift ist fraglich. Schließlich verpflichten schon zahlreiche Gesetze und Verordnungen die Unternehmen, umweltschutz- und gesellschaftsbezogene Aspekte in ihre Entscheidungen einzubeziehen. Beispiele sind das Kreislaufwirtschafts-

Nachhaltigkeit: Top-Thema in den Unternehmen

Auf einer Skala von 1 (= gar nicht relevant) bis 5 (= voll und ganz relevant) bewerteten die Unternehmen diese Themen wie folgt



Befragung von 112 Unternehmen aller Branchen mit Sitz in Deutschland von November 2009 bis Februar 2010; Quelle: PricewaterhouseCoopers und Center for Sustainability Management an der Leuphana Universität Lüneburg

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien | Iwd 15

und Abfallgesetz und das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz.

Darüber hinaus orientieren sich viele deutsche Firmen freiwillig am Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung. Daran hat selbst die Wirtschafts- und Finanzkrise nichts geändert, wie eine aktuelle Umfrage der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers und des Center for Sustainability Management an der Leuphana Universität Lüneburg zeigt:

Gut sechs von zehn Unternehmen haben ihre Aktivitäten zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung im Zuge der Krise nicht verringert. Jeder vierte befragte Betrieb hat sich zuletzt sogar verstärkt um ökologische und soziale Belange gekümmert.

Generell halten die Firmen nachhaltigkeitsbezogene Themen für sehr relevant – z. B. die Senkung des Energieverbrauchs, die Reduzierung von Emissionen, Abwasser und Abfall oder die Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten (Grafik). Folglich ha-

ben 75 Prozent der befragten Unternehmen ihr Nachhaltigkeitsmanagement mit dem Kerngeschäft verknüpft. Sie bieten etwa energieeffizient hergestellte Güter an oder berücksichtigen Umweltschutzaspekte auch bei der Auswahl ihrer Zulieferer und schulen deren Mitarbeiter.

Rat für Nachhaltige Entwicklung

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung wurde erstmals 2001 von der Bundesregierung einberufen. Ihm gehören 15 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an. Der Rat soll Beiträge zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie entwickeln. Um diese Aufgabe zu erfüllen, soll das Gremium konkrete Handlungsfelder und Projekte benennen und die öffentliche Diskussion über Nachhaltigkeit befördern. Dem Verständnis des Rates zufolge heißt Nachhaltigkeit, „Umweltgesichtspunkte gleichberechtigt mit sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu berücksichtigen“.

14,7

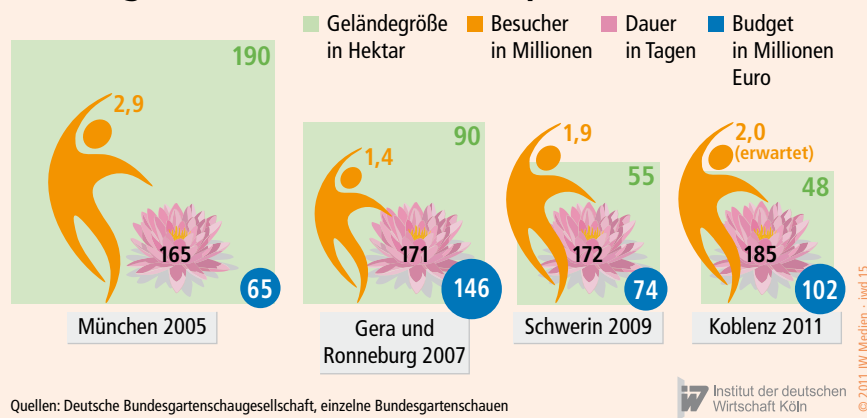
Milliarden Euro Umsatz

erzielten die Anbieter von Produkten des Gartenbereichs in Deutschland im Jahr 2010 – ein Plus von 2,2 Prozent gegenüber 2009. Durchschnittlich ließ jeder Bundesbürger im vergangenen Jahr 180 Euro für die Gartengestaltung springen. Tatsächlich dürften es vor allem die Besitzer der 20 Millionen Privatgärten gewesen sein, die für ihre Wohlfühloasen und Rückzugsorte tief in die Tasche griffen. Dabei gaben die Gartenfans allein 4 Milliarden Euro für Pflanzen, Kleinmöbel und Baumaterial aus Bau- und Gartenfachmärkten aus – das war ein Drittel des gesamten im „grünen Markt“ erzielten Umsatzes. Etwa 18 Prozent entfielen auf Gärtnereien bzw. den Blumenfachhandel und 14 Prozent auf Gartencenter. Beliebteste Pflanze im Beet und auf Balkonien ist übrigens die Geranie, gefolgt von Stiefmütterchen und Sommerheide.

Adressaufkleber

Mit bunten Wiesen in die Miesen

Bundesgartenschau: Teure Blütenpracht



Bundesgartenschau. Am 15. April öffnet in Koblenz die Bundesgartenschau für 185 Tage ihre Tore. Die im zweijährigen Turnus organisierten Schauen locken jedes Mal Millionen Besucher an, verschlingen allerdings erhebliche öffentliche Mittel.

Die Bundesgartenschau (BuGa) feiert dieses Jahr ihren 60. Geburtstag. In Koblenz werden etwa 2 Millionen Gartenfans erwartet. Die Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH hofft, dass die Gäste mit Hotelübernachtungen, Restaurantbesuchen etc. die regionale Wirtschaft ankurbeln. Im Rahmen der BuGa wird außerdem in verschiedene Projekte vor Ort investiert – so wird die Festung Ehrenbreitstein mit 42 Millionen Euro vom Land Rheinland-Pfalz saniert. Von den über 2.100 Aufträgen zum

Aufbau der BuGa ging mehr als jeder dritte an Bau- und Gartenbauunternehmen aus der Region.

Eine Bundesgartenschau ist allerdings auch mit hohen Kosten verbunden (Grafik):

Das Budget der BuGa Koblenz beträgt 102 Millionen Euro – das sind fast 28 Millionen Euro mehr als bei der vorherigen Schau in Schwerin.

Dabei kommen 49 Millionen Euro vom Land Rheinland-Pfalz, 28 Millionen Euro trägt die Stadt Koblenz bei und weitere 25 Millionen Euro sollen durch Eintrittsgelder fließen.

Doch die Rechnung ging bei früheren Schauen selten auf: Seit 2001 entstanden laut dem Bund der Steuerzahler insgesamt Defizite in Höhe von 40 Millionen Euro. Nur Schwerin schloss 2009 mit einem Gewinn von 3 Millionen Euro ab.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische
Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.